

USA zurück auf internationaler Klimabühne

Nach dem Ausstieg aus dem Pariser Klimaschutzabkommen unter US-Präsident Donald Trump erfolgt nun in den USA ein Neustart mit Nachfolger Joe Biden. Das bringt auch neue Herausforderungen für den Klima-Frontrunner Europa.

m Dezember 2015 wurde das Pariser Klimaabkommen abgeschlossen. Dieses wurde am 4. November 2016 von Barack Obama unterzeichnet und die USA waren somit Vertragspartei. Präsident Trump beschloss allerdings öffentlichkeitswirksam, dass die USA am 4. November 2020 aus dem Abkommen wieder aussteigen. Dieser Austritt wurde zwischenzeitlich – von Präsident Joe Biden – wieder rückgängig gemacht. Die USA stoßen weltweit die zweithöchste Menge an Treibhausgasen nach China aus, und das bei jedoch deutlich weniger Einwohnern. Zudem ist die Klimakrise selbst unabhängig von deren Lösung weiterhin Gegenstand der politischen Debatte. Beispielsweise sprechen sich Staats- und Klimaskeptiker seit längerem gegen Ansätze zur Klimagesetzgebung im US-Kongress aus. Einige Kongressmitglieder, insbesondere der Republikanischen Partei, befürworten schlichtweg kein Handeln des Staates, um den Klimaschutz anzugehen. Auf der anderen Seite stehen einzelne Bundesstaaten, beispielsweise Kalifornien, Washington oder Nevada, mit eigenen ambitionierten Vorstellungen einer Klimapolitik in Richtung Emissionsminderungen.

Klimaneutralität – der Ansatz von Joe Biden innerhalb und außerhalb der USA

Als eine seiner ersten Amtshandlungen unterzeichnete Präsident Biden am 20. Jänner 2021 den Wiedereintritt der USA in das Pariser Klimaabkommen – seit dem 19.

Februar 2021 sind die USA nun wieder Vertragspartei. Zudem räumte Joe Biden bereits in seinem Wahlkampf dem Klimathema eine wesentliche Bedeutung ein. Darauf aufbauend veranstaltete Biden Ende April 2021 einen virtuellen internationalen Klimagipfel, zu welchem insgesamt 40 Staats- und Regierungschefs eingeladen waren. Dabei stellte er einerseits die Klimaagenda der USA vor und versuchte andererseits mit den (wieder gewonnenen) Ambitionen der USA einerseits das Vertrauen in den klimapolitischen Führungsanspruch der USA wiederherzustellen. Gleichzeitig kann der Gipfel als Versuch gewertet werden andere Staaten zu mehr Ambition zu motivieren, um so wirklich ein gemeinsames und vor allem internationales Handeln bewirken zu können. Dieser Anknüpfungspunkt kann und sollte von Seiten der EU, die selbst mit dem Anspruch weltweiter Frontrunner im Klimaschutz sein zu wollen auftritt, aufgegriffen werden. Zudem strebt Joe Biden die Stärkung und den Aufbau bilateraler Klimabeziehungen an: So wurde beispielsweise mit China eine gemeinsame Erklärung zum Klimaschutz unterzeichnet oder Energiekooperationen mit Japan auf den Weg gebracht. Neben seinem internationalen Engagement strebt Joe Biden auch innenpolitisch eine Umkehr von seinem Vorgänger an. Politische Entscheidungen der Trump-Regierung, die dem Umwelt- und Klimaschutz entgegenstehen, sind zu überprüfen und gegebenenfalls rückgängig zu machen. Zudem sollen beispielsweise neue Emissionsstandards für die Öl- und Gasindustrie sowie Energie-/Effizienzstandards für Gebäude und Geräte oder die Automobilindustrie angedacht werden. Der US-Präsident plant in den kommenden acht Jahren Ausgaben in Höhe von rund 1,2 Billionen US-Dollar (rund 1 Billion Euro) für sein Infrastrukturprogramm, das auch den Ausbau der Elektromobilität und die Energiewende einschließt. In welchem Umfang sich diese Vorhaben – angesichts des teilweise sehr gespaltenen US-Kongresses – umsetzen lassen, bleibt derzeit noch offen.

Was bedeutet das für die EU?

Der nach Wiedereintritt aktualisierte nationale Klimaschutzbeitrag (Nationally Determined Contribution, NDC) für die USA sieht vor, dass diese bis 2030 ihre Emissionen im Vergleich zum Jahr 2005 halbieren. Unter Präsident Barack Obama hatten die USA im Jahr 2015 als Beitrag zum Pariser Klimaabkommen noch eine Emissionsreduktion von 26 bis 28 Prozent (bis 2025) zugesagt. Bis 2050 wollen die USA insgesamt klimaneutral werden. Auch die EU möchte bis 2050 klimaneutral werden und so Europa zum ersten klimaneutralen Kontinent machen. Das entsprechende EU-Klimagesetz wurde vor kurzem verabschiedet. Am kürzlich stattgefundenen G7-Gipfel haben die führenden Industrienationen (USA, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan,

Klimaziele



Kanada, Großbritannien) ihr Bekenntnis zur Klimaneutralität bis 2050 abgegeben. Für die EU sollte das zum Anlass genommen werden, ihre internationalen Ambitionen noch weiter zu verstärken: Das Bekenntnis könnte der Grundstein für eine Allianz klimafreundlicher Staaten sein, zwischen denen Klimaschutz nicht mehr wettbewerbsverzerrend wirkt. Gleichzeitig wäre das ein Weg um einen weltweit gültigen CO₂-Preis vorantreiben.

Konsequentes Eintreten für Klimaneutralität auf globaler Ebene

Ein erfolgreicher Klimaschutz erfordert die Beteiligung aller Wirtschaftsräume. Vor diesem Hintergrund ist ein starkes Signal aus den USA positiv zu bewerten. Für Europa gilt, dass wir einerseits einen Beitrag zu leisten haben, andererseits darauf geachtet werden muss, dass Europa ein erfolgreicher Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort bleibt. Dabei sind Klimaschutz und Wirtschaftswachstum miteinander zu verbinden. Europäischen Unternehmen muss der Abwanderungsdruck in andere Wirtschaftsräume genommen werden. Um den Klimaschutz weltweit voranzutreiben, ist ein globaler CO₂-Preis ein wirksames Instrument. Eine internationale Allianz führender Industriestaaten, insbesondere mit den USA an Bord, kann dafür der erste Schritt sein. In einem weiteren Schritt ist die Koalition der klimafreundlichen Staaten zu erweitern. Anzudenken wäre dabei beispielsweise das Forum der G20-Staaten. ●

Quellen und Links:

- Pariser Klimaabkommen – EU-Seite dazu: [Link](#)
- Wochenzeitung Zeit online: [Link](#)
- Konrad Adenauer-Stiftung „Bidens Klimaagenda“: [Link](#)
- „Rückkehr zum Pariser Klimaabkommen“ orf.at: [Link](#)
- Handelsblatt zur Klimapolitik von Brasiliens Präsidenten Bolsonaro: [Link](#)
- US Infrastructure Deal: Guardian-[Link](#), CNN-[Link](#).



[Lena Sadika Al-Yazdi \(WKÖ Brüssel, EU Representation\)](#)



[Mag. Barbara Lehmann MA \(WKÖ Brüssel, EU Representation\)](#)
barbara.lehmann@eu.austria.be